

Demokratiebildung als Unterrichtsfach

Am 23. 10 2025 findet ein Expert:innengespräch im Museumsquartier statt, dass sich mit der geplanten Einführung des Faches Demokratiebildung in der Mittelschule und AHS-Unterstufe befasst.

Teilnehmer:innen: Gertraud Diendorfer, Vorstandsvorsitzende des Vereins Demokratiezentrum Wien, Susann Gessner, Professorin an der Universität Marburg, Thomas Hellmuth, Universitätsprofessor Universität Wien, Heike Krösche, Assistenzprofessorin der Universität Innsbruck, Dirk Lange, Professor Universität Wien und Leiter des Demokratiezentrums Wien. Moderation: Lara Rebecca Kierot, Zentrum Lehrer:innenbildung an der Universität Wien.

Diendorfer gibt einen Überblick über die Einbindung von Politischer Bildung in das Fach Geschichte an Stelle von Staatsbürgerkunde. Gefordert seit den 70 er Jahren, wurde sie 1978 als Unterrichtsprinzip implementiert. Alle Fächer sollten beteiligt sein, die Lehrkräfte hatten aber keine Ausbildung dafür. 2002 wurde das Fach Geschichte in der Sekundarstufe 2 und 2008 in der Sekundarstufe 1 in Geschichte und Politische Bildung unbenannt, was zu einer Professionalisierung in der Lehrer:innenbildung führte.

In letzter Zeit finde weltweit ein Wandel von Demokratisierung zu autoritären Systemen statt, was vor allem auch im Internet feststellbar sei. Durch die Migration kämen nicht demokratisch sozialisierte Menschen zu uns. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau werde wieder in Frage gestellt. Demokratiebildung würde uns resilient machen, würde eine Immunisierung gegen autoritäre Strömungen unterstützen. Das Internet, dessen Möglichkeiten zunächst sehr positiv gesehen wurden, werde zu einer Gefahr, da es dort keine Qualitätsschranken gebe.

Seit 2016 gibt es ein verbindliches Curriculum für Politische Bildung berichtet **Lange**. Der Fachbereich blieb aber nur ein kleines Fenster und die Ausbildung fokussiere hauptsächlich auf Geschichte. Lehrer:innen hätten Angst politische Themen aufzugreifen, weil sie sich dafür nicht genug vorbereitet fühlten. Viele hätten auch eine falsche Vorstellung von Demokratiebildung. So werde z.B. vermieden über Gazakrieg, Antisemitismus, Migrationsgesellschaft im Unterricht zu sprechen. Diese Bereiche sollten aber thematisiert werden. Es ergebe sich eine Konfliktvermeidung statt einer Konfliktbewältigung. Das Fach Demokratiebildung soll erst ab 2028 in der 5. Schulstufe einstündig unterrichtet werden. Das sei viel zu wenig, außerdem könne die derzeitige Lehrer:innenausbildung die wichtigsten Fragen zur Demokratiebildung gar nicht beantworten. Politische Bildung müsste der Hauptbestandteil des Faches Geschichte werden.

Gessner meint, dass auch in Österreich und nicht nur in den Heimatländern der Migrant:innen nicht alle Menschen demokratisch aufgewachsen wären. In Deutschland ist Politische Bildung ein Fach, aber auch eine Querschnittsmaterie. Der Unterricht spreche vor allem die am Thema ohnedies Interessierten an. Man solle beim Unterricht auf die Jugendlichen eingehen und ihre Vorstellungen mitbedenken. Schule biete da eine Chance, die Umsetzung sei aber sehr anspruchsvoll.

Hellmuth berichtet, dass in die Erstellung des Lehrplans viele Gruppen, wie Sozialwissenschaftler, Juristen, Pädagogen, Historiker, eingebunden waren, aber eine Synthese nicht durchgedrungen sei und ein Konsens nicht immer erreichbar war. Der Gegenwartsbezug im Fach sei zentral. Die Schüler:innen sollten für die politische Partizipation vorbereitet und zudem befähigt werden, sich in Konflikte hineinzubegeben.

Kröschl sieht durch die Demokratiebildung in der 5. Schulstufe eine wichtige Lücke gefüllt, da es dort keinen Geschichtsunterricht gibt. Der Unterricht dürfe aber nicht im Sozialen Lernen verhaftet bleiben, sondern zu eigenem kritischen Denken befähigen. Demokratiebildung müsse in der Schule auf drei Ebenen stattfinden: Fachunterricht, Unterrichtsprinzip und Schulkultur.

Zwei **Vertreterinnen** aus dem Bildungsministerium berichten vom Stand der Diskussion im Ministerium. Es werde sehr intensiv am Thema gearbeitet. Wie der Unterricht stattfinden soll, werde derzeit beraten. Demokratiebildung solle auch fächerübergreifend verankert werden. Die Ausbildung der Lehrer:innen müsse angepasst werden.

Ein **Teilnehmer** aus dem Publikum leitet als Lektor Workshops zum Thema an Schulen an und meint, dass

Außenstehende besser mit den Themen umgehen könnten als Lehrer:innen. Außerdem sei die Schule ein autoritäres System, wie könne man dort Demokratie unterrichten?

Eine **Teilnehmerin**, die auch Workshops anbietet, meint, dass der Religionsunterricht einen Gegensatz zu Demokratiebildung darstelle.

Krösche sieht die tatsächlichen Möglichkeiten der Schüler:innen im Bereich Demokratie begrenzt, man könnte aber auch die Strukturen in Schulen zu einem Thema im Unterricht machen.

Diendorfer verweist auf die Trennung von Kirche und Staat und sieht auch ein Problem im Religionsunterricht. Die konfessionellen Schulen sollten vom Staat übernommen werden.

Hellmuth wirft ein, dass man Religionsfragen nicht pauschalisieren dürfe.

Ein **Teilnehmer** meint, dass Demokratiebildung nicht als Beruhigungsfaktor in einem autoritären Ort wie der Schule gesehen werden dürfe. Ein anderer **Teilnehmer** fragt, ob ein neues Fach nicht auch eine neue Ausbildung brauche.

Vom **Podium** wird geantwortet, dass Demokratiebildung nicht der verlängerte Arm des Staates sei. Schule sei zwar kein demokratischer Ort, aber strittige Fragen müssten dort behandelt werden. Andererseits solle mehr demokratisches Denken durch das Fach ermöglicht werden, es gelte, mehr zu hinterfragen und nicht nur zu verteidigen.

Hellmuth glaubt, dass das Fach Raum für Entfaltung bekommen werde.

Auf die Frage des Verhältnisses zwischen Digitaler Grundbildung und Demokratiebildung heißt es, dass es ursprünglich Querverbindungen gab.

Ein **Teilnehmer** meint, dass es problematisch sei wie Demokratiebildung funktioniere. Manche Lehrkräfte seien überfordert, andere machen es einfach irgendwie.

Am **Podium** ist man sich einig, dass Strukturen aufgebaut werden müssen. Derzeit würden junge Lehrer:innen „verheizt“ werden.

In der Schlussrunde verweist **Lange** darauf, dass sich Unterrichtsfächer ändern, früher sei alles religionszentriert gewesen. Mit dem Sputnik kam das Interesse an den Naturwissenschaften. Heute müsse man Antworten auf viele Herausforderungen finden. Demokratiebildung sollte ein Hauptfach in der Schule werden.

Gessner sieht ein großes Bedürfnis bei der Jugend zu demokratischen Auseinandersetzungen, Demokratiebildung sei als Fach dafür zu sehen.

Kröschl meint, dass in der Lehrer:innenausbildung ein fachspezifisches Experiment notwendig sei.

Hellmuth hebt hervor, dass Demokratiebildung wesentlich, aber auch der Unterricht in Geschichte weiter wichtig sei. Die Schule könne Grundlagen liefern, ein dynamischer Prozess müsse sich im späteren Leben aber fortsetzen.

Diendorfer stimmt hier zu. Es sei wichtig, das Fach früh zu implementieren und die Reform gut zu planen. Die Lehrkräfte, die derzeit unterrichten, müssten dabei eingebunden werden.